

# RATHAUSREPORT

14. Jahrgang

40. Stadtverordnetenversammlung vom 10. Oktober 2007

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE. Potsdam 7/07

► Porta ► Museum ► Garagen

## Was gilt Ihr Wort, Herr Oberbürgermeister?

In den Medien war nach der Stadtverordnetenversammlung zu lesen, dass der Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion, Hans-Jürgen Scharfenberg, den Oberbürgermeister scharf attackierte. Da ist sicher etwas dran, denn es war endlich Zeit, auf den Punkt zu bringen, was in Potsdam tatsächlich hinter den Kulissen stattfindet. Es muss gesagt werden, dass der Oberbürgermeister, ob bewusst oder unbewusst, das Vertrauensverhältnis zwischen Verwaltung und Stadtverordneten erheblich belastet. Dies wird vor allem deutlich, so Hans-Jürgen Scharfenberg, an den jüngsten Streitthemen, wie Stadtkanalbau, Tierheimschließung, Matrosenstation Kongnaes, die Pächterhöhung für die städtischen Erholungsgrundstücke oder die geplante Gründung einer Potsdam-Holding, unter deren Dach aus steuerlichen Gründen alle städtischen Unternehmen gefasst werden sollen. Bei all diesen Themen wurde die Stadtverordnetenversammlung nicht oder erst viel zu spät durch die Verwaltung informiert, geschweige denn rechtzeitig einbezogen. Das selbstherrliche Agieren des Oberbürgermeisters wird auf die Dauer keinen Erfolg haben. Und so stand es dem Oppo-

sitionsführer an, den Finger auf die Wunden zu legen und Klartext zu reden. Beispielsweise hatte der OB dessen Frage, ob es genehmigungsrechtliche Probleme beim Weiterbau des Stadtkanals gebe, verneint. Wenig später wurden solcherlei Probleme öffentlich. Ähnliches passierte beim Tierheim. Auch die Vorgehensweise des OB beim Verkauf der Matrosenstation Kongnaes an der Schwanenallee haben nichts mit verlässlicher Politik zu tun. Seit Monaten schwieg die Verwaltung zur Frage Scharfenbergs über die Ursachen und Grundlagen der plötzlichen Pächterhöhung für die städtischen Erholungsgrundstücke. Bei der von ihm beantragten und schließlich auch genehmigten Akteneinsicht stellte sich heraus, dass keinerlei entsprechende Unterlagen vorgelegt werden konnten oder wollten. (?) Und so stand es ihm zu zu formulieren, dass eine solche Praxis „zum Himmel stinkt“. Obwohl der OB sichtlich nervös wurde angesichts der Tatsachen, reagierte er mit der ihm eigenen Art darauf: „Ich bin frei in meiner Entscheidung.“ Vielleicht. Doch schon der Volksmund sagt: „Der Krug geht solange zu Wasser bis er bricht.“

Und so ging es in der Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters auch um die jüngste Wahl Potsdams zur kinderfreundlichsten Stadt der Bundesrepublik. Hans-Jürgen Scharfenberg warnte bei aller Freude über dieses Votum jedoch davor, sich darauf auszuruhen und sprach über den schleichenden Rückzug der Verwaltung aus der Umsetzung der Beschlusslage für die Ausreichung von kostenfreiem Schulessen für sozial schwache Kinder. Der Verweis des OB, dass die Linke nicht ständig Themen in die StVv bringen sollen, die im Land anzusiedeln sind, (Sozialticket, kostenloses Schulessen etc.) und die Sekundanz vor allem von Bündnis 90/Die Grünen, dass man sich nicht ständig mit solcherlei Schaufenstergeschichten befassen wolle, widerlegen andere Landkreise und Städte, in dem sie – wie in Potsdam-Mittelmark oder auch Dahme-Spreewald – Modellbeispiele dafür schaffen, dass auch kommunal etwas im Vorgriff auf Landesgesetzte getestet werden kann.



Mit auf den Weg ...

*Liebe Leserin, lieber Leser, die Ergebnisse der Oktobersitzung der Stadtverordneten lassen vermuten, dass der Ton zwischen Stadtverordneten und Stadtverwaltung, aber auch zwischen den Fraktionen schärfer wird. Vielleicht liegt es an den bevorstehenden Kommunalwahlen im kommenden Jahr, vielleicht aber auch daran, dass die jahrelange berechenbare, kontinuierliche und gradlinige Arbeit der Linksfraktion Früchte trägt. Der Oberbürgermeister wird nervös, andere meinen, wir würden ihnen den Rang ablaufen. Doch das ist für uns nicht entscheidend. Meine Fraktion bemüht sich, für alle Potsdamerinnen und Potsdamer etwas zu erreichen und konzentriert sich nicht nur auf die Wiederherstellung der Mitte. Nach dem nun die Stadtverordneten mit nur drei Nein-Stimmen der Ansiedlung der Porta-Gruppe auf der Drewitzer Brache zugestimmt haben und dort endlich etwas passieren kann, wirft uns der OB – obwohl er es besser weiß – vor, dass wir mit unserem Engagement für Porta (Rathausreport berichtete mehrfach) die »Verhandlungsposition der Stadt geschwächt« hätten. Fakt ist, dass durch unsere Bemühungen die Brache endlich entwickelt wird. Und das durch ein Unternehmen, das nicht nur eine Konsumentlücke für Potsdam und Umgebung schließt, sondern auch noch Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft. Da verwundert es schon, dass ausgerechnet die Familienpartei nicht an sich halten konnte und das Projekt in Bausch und Bogen verurteilte. Das alles lässt nichts Gutes ahnen für die künftige Diskussionskultur in der Landeshauptstadt.*



Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,  
Fraktionsvorsitzender und MdL



### Was sonst noch passierte

Die Linksfraktion wollte mit einem Antrag erreichen, dass die durch den KIS vorgesehenen Privatisierungen kommunaler Wohnungen in Marquardt unterbunden werden und dem Ortsbeirat bei der Vergabe der Wohnungen ein Mitspracherecht einzuräumen ist. Zwar konnte klargestellt werden, dass eine Privatisierung nicht vorgesehen ist, sondern lediglich die Übertragung der Wohnungen in das Eigentum von Pro Potsdam, doch das geforderte Mitspracherecht des Ortsbeirates wurde abgelehnt. Jakobs meinte: „Ein Sonderstatus geht nicht!“



**im Oktober  
von Dr. Karin Schröter**

## Ein Museum ist ein Museum, ist ein Museum ...

Seit über einem Jahr geht es um das Museum. Es wurde klar, das Potsdam-Museum braucht einen neuen Standort – es muss in die Mitte der Stadt rücken – und es ist ein neues Konzept für die inhaltliche Arbeit notwendig. In der Diskussion waren zwei Varianten. Zum einen sollte sich das Museum die Räume im Alten Rathaus am Alten Markt teilen oder das Brocksche Palais am Kanal in der Yorckstraße sollte von einem Investor saniert und dem Museum vermietet werden. Nach intensiver Diskussion entschied sich der Kulturausschuss der StVV für den zweiten Vorschlag, waren doch Gründe wie zentrale Lage, ausreichend Fläche, Umsetzung der Museumskonzeption für das deutliche Votum ausschlaggebend. Das „Alte Rathaus“ könne nicht empfohlen werden, da sich dann zwei Kultureinrichtungen eine knappe Fläche teilen müssten, die für beide Seiten nicht zu optimalen Ergebnissen führen würde. Das war im Frühjahr 2007 der Stand. Plötzlich wurde der Entscheidungsprozess gestoppt. Im Sommer wurde ein Finanzgutachten durch den KIS in Auftrag gegeben. Im September lag es vor, nur lesen durfte es niemand. Das Ganze kam ins Stocken. Ein Schelm, wer ... !  
Jetzt muss der Vorschlag der Verwaltung zum Museumsstandort vorgelegt werden. Wird die Verwaltung der Idee des Kulturausschusses folgen? Zweifel sind angebracht. Auf meine Nachfrage in der StVV konnte von der Verwaltung jedenfalls keine konkrete Antwort gegeben werden. Es bleibt also die Sorge, dass der Streit um das Museum bleibt.  
*Die Autorin ist kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.*

### Porta darf bauen

Im Beisein der Geschäftsführung der Porta-Unternehmensgruppe gab die StVV nach unwürdiger kontroverser Debatte den Weg frei für die Ansiedlung des Familienunternehmens auf der DREWITZER Brache. Der Beobachter kam nicht umhin, sich für Teile der StVV und vor allem für den OB zu schämen, ob der Unverschämtheiten und Unterstellungen, die durch den Raum flogen. Ein OB, der investitionsbereiten Unternehmern, die keinerlei städtische Förderung wollen, nur die Genehmigung für die Bebauung einer seit Jahren als Schandfleck dahinsiechenden Brache, ins Gesicht sagt, dass sie eigentlich nur zweite Wahl sind und dass man ein gutes Stück hinter das zurückgefallen sei, was „wir mit den Menschen vor Ort besprochen haben“, sollte einmal in sich gehen. Vielleicht schon bei der Grundsteinlegung aber spätestens bei der Einweihung, die, so Unternehmenssprecher Kurt Jox für September 2008 in Aussicht stellte, wird sich Herr Jakobs für eine gelungene Investition feiern lassen. Na wenn das nicht dazu beiträgt, dass man Vertrauen in Politik und Politiker zurückgewinnt. ...

### Seniorenbeirat wird unterstützt

Künftig wird dem Seniorenbeirat als gewähltes Organ der Seniorenvertretung Potsdams mindestens einmal jährlich die Möglichkeit gegeben, seine Arbeit und vor allem seine Probleme, die einer politischen Begleitung und Lösung bedürfen, im Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung vorzustellen. Dieser Beschluss geht auf einen entsprechenden Antrag der Fraktion DIE LINKE zurück.

### Mehr Nutzer für den ÖPNV

Auf Antrag der Linksfraktion wurde der Oberbürgermeister beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsbetrieb Potsdam Angebote zu entwickeln, die den ÖPNV für mehr Nutzer attraktiv machen. Denkbar wären spezielle Angebote für Senioren, Touristen, Niedrigverdiener, Kinder und Jugendliche. Geprüft werden sollte auch die Einführung eines so genannten „Schwachlasttickets“. Beispiele aus anderen Städten und Verkehrsverbünden sind auf ihre Potsdam-Tauglichkeit zu prüfen und die Ergebnisse sollten zum Fahrplanwechsel im April 2008 wirksam werden.

### Strategie für den Wohnungsneubau in Potsdam

Einem Antrag der Linksfraktion folgend, wurde der Oberbürgermeister beauftragt, mit den wohnungspolitischen Akteuren in der Stadt eine Verständigung über die Strategien für den Wohnungsneubau in Potsdam herbeizuführen. Dies soll unter den Gesichtspunkten der konkreten Auswahl der Standorte unter Berücksichtigung der sozialräumlichen und demografischen Bedingungen und der damit ver-

bundenen Anforderungen aus den Bereichen Umwelt, Bildung und Sport sowie gesundheitliche Fürsorge erfolgen. Weiterhin muss die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums im Blick sein und die Formulierung notwendiger Veränderungen in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für einen sozial orientierten Wohnungsneubau. Die Ergebnisse sind den Stadtverordneten möglichst mit einer Darstellung der mittelfristigen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt vorzulegen.

### Luisenplatz soll grüner werden

Der Oberbürgermeister wurde beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung im November 2007 eine Planung für die weitere Gestaltung des Luisenplatzes vorzulegen. Dabei sollten Elemente für eine weitere Begrünung bzw. Bepflanzung sowie mehr variable Möglichkeiten zum Verweilen geprüft werden. Abgelehnt wurde die Forderung von BürgerBündnis/FDP, der Namensgeberin des Platzes ein Denkmal zu setzen.

### Planverfahren für Eigenheimsiedlung am Ravensbergweg wird wieder aufgenommen

Die LINKE setzte sich mit ihrer Forderung durch, das Bebauungsplanverfahren für die Eigenheimsiedlung am Ravensberg wieder aufzunehmen. Dabei sollen u. a. die bisher vorgeschlagenen Festsetzungen einer kritischen Prüfung unterzogen und die höchst zulässige Zahl von Wohnungen in Wohngebäuden mit zwei Wohnungen in Wohngebäuden mit zwei Vollgeschossen bestimmt werden.

### Keine Strompreiserhöhungen

Nach Beratung im Hauptausschuss wurde der Linksfraktionsantrag dahingehend geändert, dass sich die StVV nunmehr vor dem Hintergrund der Freigabe der Preise für Strom, Gas und Fernwärme dafür ausspricht, dass in der Landeshauptstadt Potsdam alle Anstrengungen unternommen werden, um weitere Preiserhöhungen zu verhindern. Der OB wurde in diesem Zusammenhang aufgefordert, vor geplanten Preiserhöhungen für Strom, Gas und Fernwärme den Hauptausschuss vorsorgend über die Gründe und zu erwartende Konsequenzen zu informieren.

### Pachtentgelte unter der Lupe

Die Linksfraktion setzte sich nach kontroverser Debatte mit ihrer Forderung durch, dass der Oberbürgermeister beauftragt wurde, für die verschiedenen Einzugsbereiche von städtischen Erholungsgrundstücken Gutachten zur Feststellung des ortsüblichen Pachtentgelts erstellen zu lassen und diese als Grundlage zur Festlegung der Pachthöhe zu nehmen. Hintergrund des Antrags war die 2007 ohne erkennbare Grundlage und ohne Einbeziehung bzw. Information der StVV erfolgte Erhöhung

## ☺ Stadtverordnete der Fraktion Die Linke. fragten – die Verwaltung antwortete

Auf die Frage von Ralf Jäkel, DIE LINKE., was die Stadt unternehmen könne, um künftig losen Split auf öffentlichen Straßen zur Verringerung der Unfallgefahr auszuschließen, antwortete die Baubeigeordnete klar und deutlich: gar nichts. Beim Straßenneubau und –reparatur hätte man sich an die „gegenwärtige Technik“ und dazu gehöre, dass Asphaltdecken mit 2-3 kg/m<sup>2</sup> Split zu überdecken sind, der zwei Wochen liegen bleiben muss bis er mittels Kehrmaschine weggefegt werden kann.

☺

Peter Kaminski, DIE LINKE., wollte wissen, welche Maßnahmen der OB einleiten will, um den Ausschluss der Bewohner der neuen Ortsteile an im alten Stadtgebiet übliche Angebote (Strom, Kabelfernsehen u. ä.) auf ein Minimum zu begrenzen. Der Bürgermeister erläuterte, dass dies schwierig sei, da zunächst die Frage zu klären sei, ab wann die Angebote der Stadt auch in den eingemeindeten Teilen genutzt werden können. Und dies liege an den Vertragslaufzeiten mit den Altanbietern. Diese wurden mit der Gemeindegebietsreform nicht beendet, sondern laufen noch bis zum Jahr 2011. Man hoffe jedoch auf die Liberalisierung ab 2008, was eventuell dazu führen könne, dass auch durch fremde Netze geliefert werden könne.

☺

Wann die durchgehende Instandsetzung der Fahrbahn der Forststraße geplant sei, fragte Ralf Jäkel. Die Baubeigeordnete sagte, dass eine partielle Instandsetzung nicht ginge, zuvor müsste man sich die Leitungen ansehen, die Grunderneuerung aller Medien und der Straße in Angriff nehmen, wozu jedoch mittelfristig keine Mittel zur Verfügung stehen.

☺

2005 hatte die StVV beschlossen, dass die weitere Bewirtschaftung seitens des Kom-

munalen Immobilienservice (KIS) nach Fertigstellung der unterschiedlichen Gebäude in der Schiffbauergasse über Nutzungsverträge mit den jeweiligen Kulturträgern festgelegt wird. Da dieser Prozess derzeit ins Stocken geraten ist, wollte Karin Schröter, DIE LINKE., wissen, was die Verwaltung unternimmt, um den Übergangsprozess unter Einbeziehung der Kulturträger zügig zu gestalten. Die Kulturbeigeordnete erläuterte, dass bislang nur die Maschinenhalle an den KIS übergeben wurde, für die Träger hätte dies jedoch keinerlei Nachteile. Man warte zum Teil noch auf Zuarbeiten der freien Träger, um dann weiteres veranlassen zu können.

☺

Die Baubeigeordnete bestätigte auf Anfrage von Rolf Kutzmutz, DIE LINKE., dass die Stadt „natürlich“ beim Interessenbekundungsverfahren für die Bundesinitiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ dabei sei. Der Projektauftrag sei ergangen, die Trägerschaft und Mitfinanzierung würden die Projektbeteiligten übernehmen, derzeit sei alles in der Prüfung.

☺

Siegmar Krause wollte wissen, welche Schlussfolgerungen sich für die Stadt aus dem hier kürzlich stattgefundenen Bundeskongress des Bundes der Ingenieure für Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Kulturbau ergeben würden. Die Antwort der Verwaltung war kurz und bündig: „Keine.“

☺

Sigrid Müller, DIE LINKE., fragte, wie der aktuelle Stand der Erarbeitung einer Regelung zur Ermöglichung von kostenfreier Mittagversorgung für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler ab dem Schuljahr 2008/2009 sei. Dieser Auftrag an die Verwaltung geht auf einen Antrag der Linksfraktion in der StVV zurück. Auch hier antwortete die zuständige Beigeord-

nete ausweichend und sagte nur, dass man sich auch bei diesem Thema derzeit noch in der Abstimmung in der Verwaltung befinde.

☺

Wie die Verwaltung die Ergebnisse des über den KIS in Auftrag gegebenen Gutachtens zum Kostenvergleich und zur Wirtschaftlichkeit der Museumsstandorte Altes Rathaus und Brocksches Haus bewerte, wollte Karin Schröter, DIE LINKE., wissen. Die zuständige Beigeordnete sagte, dass die Ergebnisse „Eingang in eine Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung im Monat November finden“. Die Verwaltung habe die Ergebnisse noch nicht abschließend bearbeitet. Auf die Nachfrage von Hans-Jürgen Scharfenberg, ob die Verwaltung die Beschlusslage zur Sanierung des Alten Rathauses noch im Blick habe, äußerte die Beigeordnete ausweichend, dass der Haushalt 2007 ja erst seit September freigegeben sei und im Übrigen die Haushaltsmittel aus dem Hauptstadtvertrag, aus denen die Finanzierung erfolgen sollte, noch nicht beschieden seien.

☺

Ralf Jäkel fragte die Verwaltung, nachdem diese erneut abgelehnt hatte, das Parkverbot in der Yorckstraße auf einer Spur temporär für die Veranstaltungen des Nikolaisaales aufzuheben, warum dies nicht möglich sei. Aus Sicherheitsgründen, war die einfache Antwort.

☺

Hella Drohla, DIE LINKE., hinterfragte den „im Raum befindlichen Vorwurf“ mangelnder Professionalität der Verwaltung gegenüber dem derzeitigen Tierheimbetreiber. Elona Müller wollte diesen „Vorwurf“ so nicht bestätigen, man hätte nie über mangelnde Professionalität bei der Tierversorgung gesprochen, sondern man hätte sich mehr Professionalität bei der Erstellung eines Konzepts für den möglichen neuen Standort in Eiche gewünscht.

## ☹ Abgelehnt

### Keine Parkplätze in der Yorckstraße

Mit 15 zu 22 Stimmen lehnten die Stadtverordneten den Antrag der Linksfraktion ab, den Oberbürgermeister zu beauftragen, die meisten der vorhandenen Parkplätze in der Yorckstraße beidseits der Einbahnstraßen weiterhin nutzbar zu halten. Die Frage sei, entweder Schulwegsicherung oder Parkplätze und da sei ja wohl ersteres wichtiger.

### Kündigung des Betreibervertrages für den Tierschutzverein bleibt bestehen

Mit 16 zu 24 Stimmen lehnten die Stadtverordneten den Linksfraktionsantrag ab, dem Tierschutzverein das Angebot eines Kündigungsänderungsvertrages mit dem

Inhalt zu unterbreiten, dass der ausgesprochene Kündigungstermin vom 31.12.2007 auf 31.12.2008 geändert wird. Auch das Ziel der LINKEN, das Interessenbekundungsverfahren zur Betreibung des Tierheimes aufzuheben, fand ebenso keine Mehrheit wie die Forderung, mit dem Tierschutzverein ergebnisorientierte Verhandlungen über die Entwicklung und Betreibung des Standortes Eiche zu führen. Damit bestätigten sich – obwohl dementiert – die Eindrücke der Linksfraktion, dass eine Zusammenarbeit der Verwaltung mit dem Potsdamer Tierschutzverein nicht gewünscht ist. Dennoch wurde der OB auf Antrag der CDU beauftragt, zeitnah den Bau eines Tierheimes zu prüfen und auch, inwieweit der Potsdamer Tierschutzverein vorrangig mit der Betreuung einer Außenstelle für die Fundtierabgabe betraut werden kann. Ob dies aber tatsächlich so kommt, wird erst in einer der nächsten Sit-

zungen öffentlich werden, denn dann soll der OB über die Prüfergebnisse berichten.

### Veranstaltungshalle im Filmpark

Kurios aber dennoch nicht ungewöhnlich für die StVV Potsdam. Die Linksfraktion wollte mit ihrem Antrag erreichen, dass sich die StVV ausdrücklich für den Bau einer Veranstaltungshalle im Filmpark Babelsberg ausspricht und sie den OB auffordert, die im Rahmen der Stadt mögliche Unterstützung für die schnelle Realisierung des Vorhabens zu geben. Das wurde abgelehnt, nachdem Jakobs klargestellt hatte, dass es eines solchen Antrags nicht bedarf, da ein entsprechender Bauantrag in der Verwaltung vorliege und man „doch keinem Steine in den Weg legen werde, der in Eigeninitiative investiert und ihm noch Bedingungen auferlegen“. Wenn einem da nicht die Diskussion zur Portaansiedlung einfällt.

der Pacht für alle städtischen Erholungsgrundstücke auf 1,80 EUR/m<sup>2</sup>. Sollten die Gutachten zu Preisen unter 1,80 EUR/m<sup>2</sup> kommen, soll die erfolgte Erhöhung rückgängig gemacht werden.

### Bauvorhaben Off-Line-Klub

Erinnernd an einen Beschluss der StVV aus November 2006 forderte die Linksfraktion den OB auf, im November 2007 das Konzept für die Realisierung des Bauvorhabens Off-Line-Klub im Kirchsteigfeld, einschließlich des Finanzierungsnachweises vorzulegen. Da die Verwaltung den 2006-er Beschluss aber scheinbar vergessen hatte, und keine Möglichkeit sieht, den geforderten Bericht bis November 2007 vorzulegen, gewährte die StVV, der Verwaltung einen weiteren Monat für die Erarbeitung.

### Schulmilchversorgung

Im Dezember muss die Verwaltung auf Antrag der Linksfraktion darüber berichten, durch welche Maßnahmen die Teilnahme sozial schwacher Schüler an der Schulmilchversorgung gesichert werden kann. In diesem Zusammenhang forderte die CDU die Verwaltung auf zu definieren, was sie unter „sozial schwach“ verstehe.

### Garagen sollten Chefsache werden

Dieter Scharlock, DIE LINKE, brachte den Antrag der Fraktion ein, wonach der Oberbürgermeister beauftragt werden sollte, in Gesprächen mit Pro Potsdam Unterstützung dafür zu geben, dass die Garagengrundstücke, die von der Stadt an die GEWOBA veräußert worden sind, unter zumutbaren Bedingungen an kaufwillige Garagenbesitzer veräußert werden bzw. Sicherheit durch langfristige Pachtverträge geschaffen wird. Dieter Scharlock sagte, dass angesichts der bisherigen Vorgehensweise es an der Zeit ist, dass das Garagenproblem endlich im Interesse der Betroffenen zur Chefsache gemacht wird. Nach einer Diskussion in der StVV wurde der Antrag angenommen und auch, dass durch die Erarbeitung eines Miet-/Pachtspiegels eine nachvollziehbare Grundlage für die Mieten und Pachten für Garagengrundstücke gesichert wird.

### Kommunalwahlrecht

Auf Antrag der LINKEN bekräftigte die StVV ihre Forderung vom Dezember 2005 nach Einführung des aktiven Kommunalwahlrechts für Migrantinnen und Migranten im Land Brandenburg. Gleichzeitig wurde der Oberbürgermeister beauftragt, diese Forderung vor dem Hintergrund der aktuell diskutierten Novellierung des

Kommunalwahlgesetzes in geeigneter Form an den Landtag zu übermitteln.

### Exploratorium

Mit deutlicher Mehrheit wurde der Oberbürgermeister auf Antrag der Linksfraktion beauftragt zu prüfen, in welcher Weise die Stadt Potsdam das Exploratorium unterstützen kann, um dessen Existenz und Arbeit dauerhaft zu sichern. Zuvor hatte der OB gemeint, dass es des Antrags der LINKEN nicht bedurft hätte, da er schon „dran“ sei.



Zur Wiedervorlage

### Schwerpunkt Zeppelinstraße

Ob in der Zeppelinstraße zwischen Kastanienallee und Kiewitt tatsächlich erneut Verkehrsraum einschränkende Maßnahmen – diesmal zu Forschungszwecken – durchgeführt werden, wird in den Ausschüssen beraten. Die Linksfraktion wollte angesichts der dort ständig stattfindenden Einschränkungen verhindern, dass sich die Anwohner und Geschäftsinhaber erneut einer solchen Belastung aussetzen müssen und so argumentierte Ralf Jäkel, DIE LINKE., dass dieser Bereich „ein Nadelöhr ohnegleichen sei, was nicht erneut einem Stauabenteuer ausgesetzt“ werden sollte.

### Grüne Welle

Ebenso wurde in die Ausschüsse verwiesen, ob der OB dafür Sorge tragen soll, dass eine flüssige Verkehrsabwicklung auf dem Hauptstraßennetz erfolgen kann. Dafür sollen nach dem Willen der Linksfraktion bei Beibehaltung der Bevorrechtigung des ÖPNV Schaltungen der Ampeln zur „grünen Welle“ konsequenter als bisher erfolgen.

### Synagogenaubau

Haupt- und Kulturausschuss beschäftigen sich jetzt mit dem Anliegen der Linksfraktion, dass die StVV die klare Positionierung des Zentralrates der Juden in Deutschland für den Bau einer Synagoge begrüßen soll und die Landeshauptstadt dieses Vorhaben mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Möglichkeiten mit dem Ziel unterstützt, parallel zum Landtagsneubau die Synagoge zu errichten und bis 2011 fertig zu stellen.

### Kundenbefragung der PAGA

Der Linksfraktionsantrag, den OB zu beauftragen, zu veranlassen, dass in Absprache mit der PAGA eine erneute Kundenbefragung durchgeführt wird, wurde in den Sozialausschuss überwiesen.



Was – wann – wo

### Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.025, Beginn jeweils 18 Uhr  
22. und 29. Oktober; 5.; 12. und 19. November 2007

### 41. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Plenarsaal, 07. November 2007, Beginn 13 Uhr

### Frühschoppen „Rathausreport live“

Kulturhaus Altes Rathaus, Am Alten Markt 9, 11. November 2007, Beginn 10 Uhr

### Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 8/2007

Stadthaus, Raum 3.107, 16. bis 20. November 2007 (außer Sa. und So.)

### Info-Stände der Fraktion DIE LINKE in den Stadtteilen

16. November 2007: 14:00 Uhr REWE-Markt, Zentrum Ost  
14:30 Uhr Keplerplatz, Am Stern  
15:00 Uhr Waldstadt-Center, Waldstadt II  
15:00 Uhr Rathaus Babelsberg  
16:00 Uhr Havel-Nuthe-Center, Drewitz

17. November 2007: 10:00 Uhr Marktplatz, Kirchsteigfeld  
10:00 Uhr Stadtplatz, Am Schlaatz

### Bürgersprechstunde von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL

am 29. Oktober 2007 von 16.30 – 17.30 Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern\*Zeichen), Voranmeldungen möglich unter: Tel.: 0331/600 5069  
Mail: wkbscharfenberg@aol.com

Da der

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per eMail an uns: Fraktion DIE LINKE, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam  
eMail: DIE LINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de  
Telefon: 0331-2893051, Fax 0331-2893119